

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden, Neustadt 10
Verleger: Carl Neubauer
Redaktion: Neustadt 10
Telefon: 1111

Druck: Carl Neubauer
Dresden, Neustadt 10
Telefon: 1111

Abdruck: Dresden, Neustadt 10
Telefon: 1111

Kurzer Besuch bei Hindenburg

Der Empfang des Reichstagspräsidiums

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 9. Sept. In der Wilhelmstraße vor der alten Reichskanzlei, in der bekanntlich wegen des Umbaus des Reichspräsidentenpalais der Reichspräsident zur Zeit wohnt, hatte sich am Freitagvormittag eine große Zuschauermenge eingefunden, um Jenseit des Antrittsbesuchs des Reichstagspräsidiums zu sein. Kurz vor 11 1/2 Uhr fuhr ein graues Daimlerfahrzeug, geschmückt mit dem nationalsozialistischen Wimpel, vor dem Portal vor. In ihm saßen allein Reichstagspräsident Göring, der sich sofort in das Palais begab, Ihm folgte der Dienstwagen des Reichstagspräsidiums, in dem sich die drei Vizepräsidenten Esser (S.), Graef (D.N.) und Raue (Wag. Sp.) befanden. Der Wagen war mit dem amtlichen schwarzgoldenen Wimpel versehen. Der Reichstagspräsident war zum Besuche in dunklem Straßenanzug und dunklem, welchem Out erklüßten, während die drei Vizepräsidenten Gehrock und Anzuger trugen. In der Vorhalle der Reichskanzlei begrüßte der Reichstagspräsident Göring die drei Vizepräsidenten. Das Reichstagspräsidium begab sich sodann unter seiner Führung in die Räume des Reichspräsidenten. Vor dem Portal hatten zahlreiche Pressephotographen und Spiolekte Aufstellung genommen.

Der Besuch beim Reichspräsidenten dauerte etwa zwanzig Minuten.

Präsident Göring verließ wiederum allein in seinem Wagen, in dem noch ein nationalsozialistischer Abgeordneter hinzugesessen war, die Reichskanzlei. Bei der Abfahrt wurde er von den Zuschauern mit Heilrufen begrüßt. Im Dienstwagen des Reichstagspräsidiums folgten dann Vizepräsident Esser und Vizepräsident Graef. Vizepräsident Raue verließ die Reichskanzlei zu Fuß.

Wie wir weiter hören, ist der Verlauf des Besuchs so gewesen, daß nach Vorstellung der einzelnen Herren Reichstagspräsident Göring eine Besprechung der politischen Lage mit dem Reichspräsidenten herbeiführen wollte. Göring teilte mit, daß nach seiner Ansicht der Reichstag eine tragfähige politische Mehrheit habe. Der deutsche Reichspräsident erklärte hingegen, daß das Reichstagspräsidium nicht befugt sei, politische Verhandlungen mit dem Reichspräsidenten zu führen. Der Reichspräsident drückte hierauf die Wünsche ab, und die Kurzfristigkeit des gesamten Besuchs unterstreicht die Tatsache, daß es

sich auch inhaltlich um nicht viel mehr als einen Höflichkeitsbesuch gehandelt habe.

In politischen Kreisen geht inzwischen das Rätselraten um die Entwicklung der nächsten Zeit weiter.

Immer noch erörtert man, ob der Reichstag schon in der nächsten Woche aufgelöst werden wird, oder ob er sich auf die Taktik des Hinhalten unter Hinausagerung der Entscheidungen verlegt. Ferner ist noch die Frage hinzugekommen, ob etwa eine Regierungs- und Umbildung im Bereich der Möglichkeiten liegt. Man spricht in diesem Zusammenhang von der Möglichkeit eines Ausscheidens Papens und der Übernahme der Reichskanzlerkanzlei durch Reichswirtschaftsminister v. Schuler. In Regierungskreisen steht man indessen auf dem Standpunkt, daß sich die Reichstagsauflösung nicht vermeiden lassen. Auch wird energisch demotiviert, daß eine Umbildung des Kabinetts jetzt überhaupt in Frage käme. Vorläufig besitzt jedenfalls Herr v. Papen noch das uneingeschränkte Vertrauen des Reichspräsidenten.

Interessant sind in diesem Zusammenhang gewisse Andeutungen, die sich im nationalsozialistischen „Angriff“ finden. Das Blatt erklärt, man nehme allgemein an, daß der Reichspräsident in nächster Zeit Führer verschiedener Parteien empfangen werde.

Eine Durchführung des Kabinetts von Papen, sei es auch nur durch Hinausagerung der parlamentarischen Entscheidungen, läßt nicht in Frage. Eine Notlösung, die die Auflösung des Reichstages vermeiden könnte, wäre für die NSDAP. insoweit tragbar, als ihr dabei das Genügen würde, was ihr auf Grund der Verfassung zukommt und was das Volk mit Recht fordern könnte. Falls in dieser Richtung ausföhrliche Verhandlungen von der Gegenseite noch angebahnt werden sollten, würde eine gewisse Verlangsamung der Abwicklung der Verhandlungen im Reichstag möglich sein.

Diese Mitteilung ist an sich ziemlich dunkel gehalten, beweist aber eine gewisse Verhandlungsbereitschaft seitens der Nationalsozialisten für den Fall, daß überhaupt die Frage der Regierungsumbildung aktuell werden sollte.

Die amtliche Mitteilung

Berlin, 9. Sept. Amtlich wird mitgeteilt: „Reichspräsident von Hindenburg empfing heute das neugewählte Präsidium des Reichstages, Reichstagspräsident Göring und die Vizepräsidenten Esser, Graef (Führingen) und Raue. Reichstagspräsident Göring stellte das neue Präsidium vor. Der Herr Reichspräsident dankte für den Besuch und sprach den Herren seine besten Wünsche für die Erfüllung ihrer Aufgabe aus. Dierauf schloß sich eine kurze Aussprache über die politische Lage.“

Der Stagerattag vor dem Polizei-Untersuchungsausschuß

Berlin, 9. Sept. Der Polizei-Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags beschäftigte sich am Freitag mit der Nachprüfung der Zusammenkünfte, die sich in Berlin am Freitagstage der Stagerattaktion am 31. Mai ereigneten. Zur Erinnerung an die Stagerattaktion gab damals in Berlin eine Marinewache auf, die vom Linien- schiff „Sachsen“ geleitet war. Die Wache wurde auf ihrem Wege durch die Berliner Straßen von einer großen Menschenmenge begleitet, und zwar auch im Bereich der Wannsee. Es kam dabei verschiedentlich zu kleineren Zusammenstößen mit der Polizei, und zu einem erheblichen Zusammenstoß vor dem Reichswehrministerium. Berichterstatter Abg. Engel (N.S.) sagte in seinem einleitenden Referat u. a.,

daß, sobald die Bevölkerung Befriedigung erlangt, die Marine abgibt, die Polizei sofort mit dem nächsten Gummiknüppel gegen die Massen vorgehen sei.

Auch Schießbefehle seien gegeben worden, und bei den Zusammenstößen vor dem Wehrministerium seien zahlreiche Passanten verwundet worden. Der Berichterstatter erwähnte den allgemeinen Protest, den das antideutsche Deutschland gegen diese Maßnahmen der Polizei erhoben habe und erklärte, Minister Severing, der damals amtierte, hätte u. a. auch ihm gegenüber Befragung der schuldigen Polizeibeamten angefordert, diese Befragung aber nicht geduldet. Als Zeugen bei der Aussprache zu den Zusammenstößen bisher 16 Zivilisten und mehr als ein Dutzend Polizeibeamte geladen.

Es entwickelt sich dann eine Geschäftsordnungsdebatte, in der Abg. Jürgensen (Soz.) dem Berichterstatter vorwirft, daß er nicht objektiv sei, daß er dem Ausschuss kein Aktenmaterial beschafft habe, sondern nur vortrage, was die nationalsozialistischen Zeitungen behaupteten. Berichterstatter Engel (N.S.) erklärt, daß die Polizei bisher die verlangten Akten noch nicht überreicht habe.

Professor Cassel über das Papen-Programm

Stockholm, 9. Sept. Der weltbekannte Nationalökonom Professor Gustaf Cassel stellt im „Svenska Dagbladet“ eine eingehende Untersuchung über das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung an. In der Einleitung schreibt er unter anderem: „Natürlich kann man sich Einzelheiten gegenüber im Zweifel fühlen, und das Ganze müßte als ein gewagter Eingriff in den normalen Gang des Wirtschaftslebens an. Doch die Lage in Deutschland ist alles andere als normal. In einem Lande, das mehr als fünf Millionen Arbeitslose hat, ist man eben zu regelrechten Arbeitsmaßnahmen gezwungen, um aus dem Sumpf herauszukommen. Es gibt keinerlei Erfahrungen, wie man eine solche Lage behandeln soll. Man muß daher etwas wagen, wenn es einen Sanierungsplan gibt.“

Das jetzt vorgelegte Regierungsprogramm unterteilt sich jedoch wesentlich von der unübersehbaren Masse von kommen Hoffnungsloser Konstraktionen,

die in Deutschland täglich vorgelegt werden mit dem Anspruch, eine Lösung der Wirtschaftsprobleme darzustellen.“

Professor Cassel geht dann ausführlich auf das System der Steuererhöhungen ein sowie auf die Art, wie diese Papiere in Form von Staatsanleihen umgelegt werden sollen. Es sei eine große Stärke des vorliegenden Programms, daß die Anschaffung der Mittel im voraus stark begrenzt sei. Cassel stellt weiter fest, daß bei der enormen Arbeitslosigkeit in Deutschland und bei dem geringen Beschäftigungsgrad die Aussichten einer kräftigen Produktionssteigerung ungewöhnlich gut seien. Wenn die erwartete Besserung der Weltwirtschaftslage eintrete, so müßte das Papen-Programm ein wirklich wertvolles Mittel sein, um endlich Deutschlands produktive Arbeit wieder in Gang zu bringen.

Der Inhalt des Lytton-Berichts

London, 9. Sept. Nach einer Neuter-Meldung aus Neu-York soll der wesentliche Punkt in dem Bericht des Lytton-Untersuchungsausschusses über die Wandschüreifrage die Anerkennung der chinesischen Souveränität über die Wandschüreifel sein, während gleichzeitig empfohlen werde, dem Wandschüreifeld unter japanischen Ratgebern Autonomie zu gewähren.

Nach einem ergänzenden Bericht aus Tokio, in dem die obige Meldung in der Hauptsache bestätigt wird, weist der Lytton-Bericht darauf hin, daß die Wiedereinführung des Status quo ante in der Wandschüreifel unmöglich sei, und empfiehlt die Entmilitarisierung der Wandschüreifel. Im übrigen sollte es China, Japan und der Wandschüreifelregierung überlassen bleiben, unter der Kontrolle des Völkerbundes unmittelbar miteinander zu verhandeln.

Von einem Patienten niedergeschossen

Dalle, 9. Sept. Heute gegen Mittag wurde der Psychiater Dr. med. Boes in seinemprechzimmer von einem Patienten niedergeschossen. Der Krat wurde noch lebend in die Klinik gebracht, wo er kurz darauf verstarb.

Italien fordert Gleichheit für Deutschland

Der Baustein für den Völkerbund

London, 9. Sept. In einer längeren Meldung des römischen Berichterstatters der konservativen „Morning Post“ heißt es, daß die italienische Politik vor neuen schweren Entscheidungen steht, die möglicherweise zum Austritt Italiens aus dem Völkerbund führen könnten, obwohl Italien alles tun wolle, um diesen Schritt zu vermeiden.

Das führende Element in der europäischen Politik sei die Haltung Frankreichs,

das zwar internationale Friedenspakte unterzeichnet, andererseits aber seine Sicherheit durch Beibehaltung seiner militärischen Vorherrschafft schützen wolle und den Völkerbund zu seinen Sonderzwecken ausnütze.

Italien betrachte den deutschen Anspruch auf Gleichberechtigung als den Baustein, es sei der Ansicht, daß eine Ablehnung dieser Forderung durch Frankreich einen Bruch des Versailles-Vertrages bedeute.

Italiens Augen seien auf England, und der neue Vorkämpfer in London, MacDonald, werde nach der Rückkehr auf seinen Posten England zu überreden haben, einen Druck auf Frankreich auszuüben. Das Schicksal Europas liege zum großen Teil in den Händen Englands.

In einem Beitragsartikel weist die „Morning Post“ auf die großen Gefahren hin, die sich aus einem italienisch-französischen Gegenstand ergeben würden. Das Blatt hofft, daß es gelingen werde, diese Entwicklung zu vermeiden. Gleichzeitlich sagt die „Morning Post“, daß man den deutschen Forderungen Rechnung tragen müsse, hat aber hinzu, daß man ein etwaiges Einvernehmen zwischen der deutschen Reichswehr und Rußland nicht außer Betracht lassen dürfe.

Die liberale „News Chronicle“ schreibt, es müsse immer wieder betont werden, daß Deutschland nicht die

praktische, sondern die theoretische Gleichberechtigung fordere.

Die deutsche Forderung sei logisch unabweislich, und die englische Regierung könne unmöglich die Berechtigung der Forderungen zurückweisen.

Auch andere englische Blätter, so der „Daily Herald“, äußern sich wiederum in ähnlichem Sinne.

Vier Anregungen Englands

Paris, 9. Sept. Mehrere Blätter berichten, daß die Note an die Reichsregierung keine Kollektivantwort, sondern lediglich eine französische Antwort darstellen werde. Der Zeitpunkt der Ueberreichung hänge davon ab, wann das englische Kabinett sich zur Stellungnahme der französischen Regierung geäußert habe. Wahrscheinlich frühestens am Sonnabend, aber spätestens am Montag werde das französische Dokument nach Berlin übermittelt und dann in Frankreich veröffentlicht werden. — Der Vondoner Berichterstatter des „Echo de Paris“ glaubt, daß die Antwort der britischen Regierung auf Frankreichs Anfrage nach der Haltung Englands auf folgende vier Anregungen hinauslaufen werde:

1. Deutschland solle grundsätzlich die Gleichberechtigung erhalten.
 2. Die Berliner Regierung solle sich aber verpflichten, davon keinen Gebrauch zu machen durch Veranlassung ihrer Aktionen.
 3. Ein allgemeines Abkommen über das Sicherheitsproblem solle vereinbart werden.
 4. Die ehemaligen Alliierten, in erster Linie Frankreich, sollten sich zu gewissen Abwehrmaßnahmen im Sinne des Hoover'schen Abwehrplans verpflichten.
- Sowohl der Vondoner Berichterstatter als auch der außenpolitische Korrespondent des „Echo de Paris“ protestieren von vornherein gegen eine derartige Anregung, die auf nichts anderes hinausläufe als auf eine Schwächung des französischen Oerets.